

„Russland hat Gas nie als Druckmittel verwendet“

Peter Altmaier rät, den Weg zur Klimaneutralität unvermindert fortzusetzen, und baut dabei auf Wasserstoff

VON DIETMAR MASCHER
UND SIGRID BRANDSTÄTTER

LINZ. Trotz der aktuellen Verwerfungen plädiert der frühere deutsche Wirtschaftsminister Peter Altmaier dafür, an den Klimaplänen festzuhalten. Gestern sprach er beim Industrietag der Sparte Industrie in der Wirtschaftskammer über den Weg zur Klimaneutralität.

■ **Sieben Prozent Inflation, rissige Lieferketten, ein Krieg in Europa und Energiepreise, die durch die Decke gehen: Sind Sie froh, nicht mehr Wirtschaftsminister in Deutschland zu sein?**

Altmaier: Ich war mit Leib und Seele Politiker. Wir haben in den vergangenen zehn Jahren Herausforderungen lösen müssen, die sicherlich nicht viel kleiner waren – etwa die Bankenkrise, die Eurokrise, die Flüchtlingskrise, aber auch Corona. Das zeigt, Politik ist heute in starkem Ausmaß mit Ereignissen konfrontiert, die von außen an sie herangetragen werden. Der schreckliche Krieg Russlands gegen die Ukraine wirft noch einmal viele Fragen auf, und deshalb muss Politik Führung zeigen – nicht nur im eigenen Land, sondern als geeintes Europa. Das ist bisher besser gelungen, als wir befürchtet haben.

■ **Was müsste passieren, damit wir der Krisen Herr werden?**

Wir müssen dafür sorgen, dass Europa als Wertegemeinschaft glaubwürdig bleibt. Wir müssen uns der russischen Aggression mit allen wirtschaftlichen Möglichkeiten, die zur Verfügung stehen, entgegenstellen. Wir müssen dafür sorgen, dass die ökologische Transformation weitergeht. Die damit verbundenen Belastungen für Wirtschaft und Verbraucher können wir nur reduzieren, wenn wir in anderen Bereichen ein Belastungsmoratorium machen. Wir müssen sicherstellen, dass die Industrie die Innovationen tätigen kann, die sie stemmen muss, damit ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt. Dafür brauchen wir Partner in anderen Teilen der Welt.



Altmaier war von 2018 bis 2021 deutscher Wirtschafts- und Energieminister.

■ **Kann die Transformation und Ökologisierung der Wirtschaft funktionieren in einer Zeit mit extremen Verwerfungen auf der Preisseite?**

Mein Rat an alle Beteiligten wäre, dass wir an der Klimaneutralität bis 2050 festhalten. Das Schlimmste für die Wirtschaft ist die Ungewissheit: ob jetzt in Energieeffizienz, in die Umstellung von Heizung und Wärmeerzeugung investiert werden soll – oder nicht.

■ **Teilen Sie die These, der Krieg in der Ukraine werde den Wandel hin zu erneuerbarer Energie verkürzen?**

Diese Transformation könnte tatsäch-

lich schneller vorangehen. Wir sehen aufgrund der steigenden Gaspreise, dass erneuerbare Energien schneller wettbewerbsfähig werden. Das bedeutet, dass der grüne Wasserstoff, wenn er aus erneuerbaren Energien erzeugt wird, schneller kommen wird. Er ist noch erheblich teurer als Erdgas, wobei sich das aufgrund des Preisanstiegs relativiert. Perspektivisch ist das etwa für die grüne Stahlherzeugung wichtig. Ich glaube, dass die Energiewende erschwinglicher wird, wenn wir noch stärker grenzüberschreitend zusammenarbeiten. Es muss einen Wettbewerb um die Technologieführerschaft geben, da kann Österreich eine sehr wichtige Rolle spielen.

■ **Warum?**

Österreich ist zwar ähnlich von fossilen Energieimporten abhängig wie Deutschland. Aber in eurem

Energiemix verfügt ihr über einen hohen Anteil von Biomasse und Wasserkraft. Die sind – anders als Photovoltaik und Wind – grundlastfähig und stehen dann zur Verfügung, wenn sie gebraucht werden.

■ **Warum hat sich Europa so stark von Russland abhängig gemacht – und Deutschland und Österreich die Gaspipeline Nord Stream 2 vorangetrieben?**

Der Staat hat in den letzten 20 Jahren nicht mehr über die Lieferung von Gas entschieden, sondern Unternehmen. Der stärkere Anteil von russischer Energie in der Energieversorgung geht auf zwei Aspekte zurück: Erstens ist die Gaserzeugung in vielen europäischen Ländern stark rückläufig, weil die Bevölkerung Gasförderung in der Nähe nicht mehr toleriert. Die deutsche Gasförderung hat sich halbiert. Zweitens ist das russische Gas das einzige, das als Pipeline-Gas zu uns kommt. Das ist umweltfreundlicher und preisgünstiger als LNG-Flüssiggas, das wir aus den Golfstaaten oder den USA importieren, wobei das Gas der USA aus Umweltgründen in der Kritik steht. Wir waren immer wieder unter Druck, was die Lieferungen aus den Golfstaaten betrifft – etwa wegen des Jemen-Kriegs, wegen der Menschenrechtspolitik. In der politischen Debatte gab es immer Auffassungen, welches Gas man nicht importieren darf, aber wenig Lösungen, wo es herkommen soll.

■ **Würden Sie die Behauptung teilen, dass sich Europa von billigem Gas abhängig gemacht und nun die Entzugserscheinungen teuer zu bezahlen habe?**

Sonst hätten wir den teuren Preis schon die vergangenen 40 Jahre bezahlen müssen. Russland hat in den vergangenen 40 Jahren Gas nie als Druckmittel verwendet. Europa hat sich jetzt dafür entschieden, dass wir es mit unseren Werten nicht vereinbaren können, Gas dort zu kaufen, wenn Russland als Aggressor gegen ein Land wie die Ukraine auftritt.

■ **Deutschland will sich von Braun- und Steinkohlekraftwerken und der Atomkraft verabschieden. Für Frankreich ist Atomenergie grün. Eine Renaissance der Atomkraft in Deutschland schließen Sie aus?**

Dieses Thema hat unser Land 40 Jahre zutiefst gespalten. Als der Ausstieg nach der Atomkatastrophe von Fukushima beschlossen wurde, geschah das im parteipolitischen Konsens. Ich plädiere dafür, dass man die Debatte nur dann führt, wenn alle dafür offen sind. In Deutschland sind nur noch drei AKW in Betrieb, die zu Jahresende abgeschaltet werden. Die Mitarbeiter haben neue Jobs. Und noch eins: In Frankreich und Großbritannien werden neue Kernkraftwerke gebaut, aber sie werden nicht fertig, weil die Sicherheitsanforderungen massiv steigen und die Kosten in die Höhe gehen.

■ **Welche Wege sehen Sie?**

Sowohl in Österreich als auch in Deutschland kommt weit über die Hälfte der Primärenergie aus dem Ausland. Wir müssen uns der Erkenntnis stellen – selbst wenn wir uns von russischen Importen schrittweise lösen –, auch künftig auf den Import von Primärenergie angewiesen zu sein. Unsere Wasserstoff-Strategie verfolgt einen internationalen Ansatz: mit Ländern zu kooperieren, die über sehr viel Sonne, Wind und die entsprechenden Flächen verfügen und die Investitionen stemmen können. Das sind Australien, Kanada und Saudi-Arabien. Über eine Stiftung fangen wir an, grünen Wasserstoff zu auktionieren: Die günstigsten Angebote werden gekauft und an den Meistbietenden in der Industrie verkauft. Weil das zu Beginn noch nicht kostendeckend sein wird, gibt es zwei Milliarden Euro Startfinanzierung.

■ **Wann kann dieser grüne Wasserstoff konkurrenzfähig sein?**

Schon 2030 werden wir einen erheblichen Import von grünem Wasserstoff erleben – aus unterschiedlichen Ländern. So lange werden wir auf konventionelles Gas nicht verzichten können.

„Wir müssen uns der Erkenntnis stellen, auch künftig auf den Import von Primärenergie angewiesen zu sein.“

„Wir sind ein Teil der Lösung“

Industrietag der Sparte Industrie der Wirtschaftskammer im Design Center

LINZ. „Wir bekennen uns natürlich zu den Plänen, Europa klimaneutral zu machen. Wir wollen ein Teil der Lösung sein. Aber wir haben auch Verantwortung für den Wohl-

stand in unserem Land und die soziale Sicherheit“, sagte der Obmann der Sparte Industrie in der Wirtschaftskammer Oberösterreich, Erich Frommwald, gestern

zum Start des Industrietags im Linzer Design Center, bei dem die OÖ-Nachrichten Medienpartner waren. Daher müsse auch auf die Bedürfnisse der Industrie Rücksicht genommen werden, etwa bei der Gasversorgung. Denn 40 Prozent des gesamten Gasverbrauchs der Republik entfallen auf die Industrie.

300 Vertreter der Industrie waren zu Gast beim Industrietag im Linzer Design Center. Deutschlands Ex-Wirtschaftsminister Peter Altmaier, der Energieexperte und langjährige Chefstratege von Shell, Karl Rose, und Wirtschaftsforscher Christian Keuschnigg sprachen über den Klimawandel. Ein Interview mit Karl Rose über die Energiekosten lesen Sie morgen.



v. l.: Nationalratsabgeordneter Klaus Füllinger, Energie-AG-Chef Werner Steinecker, Peter Altmaier, Erich Frommwald (Sparte Industrie), Christian Wiesbauer (Bank Austria) und Clemens Malina-Altzinger (WK Oberösterreich) Fotos: Cityfoto/Pelzl